

Studiengebühren verhindern!

In vielen Städten gehen Studierende und Jugendliche, die noch vorhaben welche zu werden, auf die Straße. Bochum, Bonn, Duisburg, Frankfurt, Kassel, Kiel, Marburg, Hamburg ... Die Meldungen über Widerstand und Protest häufen sich.

In einigen Städten, wie in Frankfurt, in Düsseldorf und hier in Köln, kam es bereits zu Gewalt von Seiten der Polizei. Auf die wachsenden Sorgen und Ängste von Jugendlichen fällt den Verantwortlichen außer Schlägen und Tritten offensichtlich nicht mehr viel ein. Doch! Die gebetsmühlenartigen Wiederholungen der Propaganda. Kurz zusammengefasst: „von Studiengebühren profitieren alle Beteiligten.“ Das Motto dabei scheint zu sein: man braucht keine Beweise, wenn man es nur oft genug wiederholt. Wenn das doch nicht ausreicht, kann man ja immer noch die Polizei in die „Debatte“ einbeziehen. Die Pisa-Studie belegt in aller Deutlichkeit, dass in Deutschland der Bildungsstand sehr eng mit der sozialen Herkunft verbunden ist. Es versteht sich von selbst, dass mit der Einführung von allgemeinen Studiengebühren von zunächst einmal 1.000 Euro im Jahr, die soziale Selektion mit erhöhter Geschwindigkeit fortgesetzt wird.

Kredite?

Mit Schlagworten wie, „elternunabhängig“ und „für alle“, werden uns Kredite schön geredet. Schließlich soll das ja alles durchdacht und gerecht sein. Dass wir dann mit 40.000 Euro oder mehr bei den Banken in der Kreide stehen, wird ignoriert. Angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit ist nicht von einem sicheren Arbeitsplatz auszugehen. Das bezeugen unzählige AkademikerInnen, die sich als „Generation Praktikum“ versuchen müssen oder jobben oder arbeitslos sind oder, etc. Unsere Schulden – Profite für Banken. Kein guter Tausch!

Jugend auf der Straße? Jugend auf die Straße!

Anfang 2005 waren 600 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Weitere 400 000 im sogenannten Berufsvorbereitungsjahr, also ebenfalls arbeitslos! Mit Hartz IV werden nicht zuletzt Jugendliche unter Druck gesetzt jeden Job überall annehmen zu müssen. Sonst droht ihnen die komplette Streichung des ALGII. Mit den „Nachbesserungen“ bei den Hartz-Gesetzen müssen arbeitslose Jugendliche bis zum Alter von 25 bei den Eltern wohnen bleiben. Weitere „Nachbesserungen“ sind in Planung. Viele versuchen über Praktika einen Fuß in die Tür zu bekommen, arbeiten für lau und werden in den meisten Fällen doch nicht übernommen. Die Aussichten für Jugendliche, die aufgrund der Studiengebühren nicht mehr werden studieren können, sind also nicht so prickelnd. Wo sollen sie hin? Sie können sich in die selben Schlangen einreihen, in denen schon Millionen eingereiht sind oder für eine lebenswerte Zukunft auf die Straße gehen!



Kämpfen wie in Frankreich!

Die Regierung Villepin sah sich nach wochenlangen Massenprotesten und Streiks gezwungen, das Gesetz zur faktischen Abschaffung des Kündigungsschutzes für Jugendliche (CPE) zurückziehen. SchülerInnen, Studierende, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und teilweise die ghettoisierten „Banlieue-Kids“ haben zusammen gekämpft, gemeinsam ein Gesetz zu Fall gebracht, ein neoliberales Projekt zurückgeschlagen. Es ist also möglich! In den letzten Jahren gab es auch in diesem Land keinen gesellschaftlichen Bereich, der von den Angriffen verschont geblieben ist. Ob Bildung, soziale und kulturelle Einrichtungen und Projekte, Arbeitnehmerrechte, Erwerbslose, Renten- oder Gesundheitssystem. Alles steht unter Beschuss. Wenn es gelingt mit den Gewerkschaften und mit von Sozial- und Bildungsabbau betroffenen Menschen eine gemeinsame Front aufzubauen, dann können „Reformen“ gegen uns abgewendet werden und Reformen für uns erkämpft werden. Die Demonstration am 3. Juni in Berlin ist ein Schritt hin zu so einem Zusammengehen auf bundesweiter Ebene. Unter dem Motto: „Schluss mit den Reformen gegen uns!“ wird bundesweit von verschiedenen sozialen Bewegungen, Initiativen und Studierenden zu dieser Demonstration mobilisiert.

„Die Kassen sind leer“? Oder Kapitalismus ist Scheiße!

Studiengebühren sind Teil der Politik der letzten Jahre. Die neoliberale „Modernisierung“ ist im vollen Gange. Doch modern ist daran gar nichts. Das ist Kapitalismus in seiner natürlichsten Form. Währenddessen ist der gesellschaftliche Reichtum immer größer geworden. Zwischen 1994 und 2004 ist dieser in Deutschland um 12% oder um 200.000.000.000 Euro gestiegen. Gleichzeitig sind die Reallöhne um 4% gesunken. Von den ganzen Bildungs- und Sozialkürzungen ganz zu schweigen. Das heißt, dass der wachsenden gesellschaftlichen Reichtum in den Händen einer kleinen Minderheit landet.

(weiter siehe Rückseite)

SAV

Sozialistische Alternative

SAV Stadtverband Köln, c/o GgS-Büro, Steprathstr. 11, 51103 Köln, e-mail: koeln@sav-online.de
Telefon: Nima Sorouri, 0221-3561852. Internet: <http://www.sozialismus.info/koeln>

Fortsetzung von Seite 1

Die etablierte Politik unterstützt diese Tendenz durch die wiederholte Senkung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Vermögenssteuer, Kürzungen, Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst, Stellenabbau, Hartz-Gesetze, Eurofighter ... Die Gesellschaft kann also immer effektiver Reichtum produzieren, aber sie hat nichts davon, sondern die Banken und Konzerne. Unter der Drohung der Produktionsverlagerung liest ihnen die herrschende Politik jeden Wunsch von den Lippen ab. Das nennt sich dann „Standortsicherung“. Diese völlige Auslieferung an die Profitinteressen der Kapitalisten steht un-

seren Bedürfnissen entgegen. In den gegenwärtigen und kommenden Protesten müssen Alternativen zum Kapitalismus diskutiert werden. Die gegenwärtigen Eigentums- und Machtverhältnisse haben der Mehrheit der Bevölkerung hier und international nichts mehr anzubieten. Die SAV verbindet den Kampf gegen Verschlechterungen und für konkrete Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die nicht alles und jeden dem Profitzwang der Banken und Konzerne unterwirft, sondern von den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt bestimmt wird.



Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!
Bundesweite Demo • Berlin • 3. Juni • 13:00 Uhr • Liebknecht-Str./Alexanderplatz
www.protest2006.de

Als Sozialist im Kölner Stadtrat



SAV-Mitglied Claus Ludwig wurde 2004 als Spitzenkandidat des linken Bündnisses „Gemeinsam gegen Sozialraub – GgS“ in den Rat der Stadt Köln gewählt. Zusammen mit den drei Mitgliedern der PDS-Gruppe bildet er die Fraktion Die Linke.Köln. Claus Ludwig ist 39 Jahre, arbeitet als Informatiker und lebt in Köln-Kalk.

„Anders als die Politiker der etablierten Parteien beziehe ich Stellung gegen Sozial- und Lohnraub und Privatisierung sowie gegen alle Spielarten von Rassismus und Diskriminierung.

In Anträgen und Reden habe ich mich für den Erhalt der Barmer Siedlung und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen eingesetzt und Aufklärung über die Machenschaften des Oppenheim-Esch-Immobilienfonds verlangt. Ich habe die Abschaffung von 1-Euro-Jobs und die Einrichtung von tariflich bezahlten Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei der Stadt beantragt und gefordert, die Konzerne und Banken durch eine höhere Gewerbesteuer zur Finanzierung sozialer Dienstleistung heranzuziehen.

Ich trete bei Ratssitzungen und auf der Straße der rassistischen, islamfeindlichen und homophoben Propaganda von ‚Pro Köln‘ und anderen Faschisten entgegen. Diese können nicht ignoriert oder ‚totgeschwiegen‘, sondern müssen aktiv bekämpft werden

Als Sozialist beteilige ich mich nicht am Klüngel und der Pos-

tenschacherei der etablierten Parteien und lehne Privilegien für Politiker ab. Die monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 402 Euro spende ich vollständig an unser Bündnis.

Ich glaube nicht, dass man in den Parlamenten grundlegende soziale Veränderungen durchsetzen kann. Die Verhältnisse können wir nur ändern, wenn Arbeitslose und Arbeitnehmer, Jugendliche und kleine Rentner, sich einmischen und selbst aktiv werden gegen Klüngel, Korruption und Kürzungen, gegen die Umverteilung zu Gunsten der Reichen.

Unsere Kommunalpolitik von unten findet vor allem auf der Straße statt, in den Veedeln und Betrieben. Ich beteilige mich aktiv an Demonstrationen und Protesten und helfe mit, Widerstand zu organisieren und den Etablierten auf die Füße zu treten.“

Gemeinsam gegen Sozialraub – besuchen Sie uns im Kalker Büro

Wenn Sie Probleme z.B. mit der Arbeitsagentur haben, wenn sie sich gegen städtische Kürzungen wehren wollen und Unterstützung brauchen, können Sie sich an Ratsmitglied Ludwig und das Büro von „Gemeinsam gegen Sozialraub“ wenden.

Das Büro befindet sich in Köln-Kalk, in der Steprathstr. 11 (U-Bahn Kalk-Kapelle) und ist telefonisch unter 0221-3559151 zu erreichen. Schauen Sie einfach mal vorbei oder rufen Sie an. E-mail: info@gemeinsam-gegen-sozialraub.de. Weitere Informationen im Internet: www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de.

SAV

Sozialistische Alternative

SAV Stadtverband Köln, c/o GgS-Büro, Steprathstr. 11, 51103 Köln, e-mail: koeln@sav-online.de
Telefon: Nima Sorouri, 0221-3561852. Internet: <http://www.sozialismus.info/koeln>